


 Prof. Dr. Kurt Biedenkopf
 Ministerpräsident a. D.

Besitzstand an politischen Kosten beteiligen

Von Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident a. D.

In den letzten Jahrzehnten hat sich als herrschende Praxis folgendes eingebürgert und verfestigt: Die organisierten Besitzstände richten ihre jeweiligen Forderungen an Regierung und Parlament – kurz: an „die Politik“ – ohne in erkennbarer Weise zu berücksichtigen, wie sich die Bedienung ihrer Forderungen auf die anderer Besitzstände, auf die am gesamtstaatlichen Interesse und am Allgemeinwohl orientierten Prioritäten und auf das Gebot der Ausgeglichenheit des Haushaltes auswirken würden. Von „der Politik“ wird erwartet, dass sie allein die politischen Kosten

dafür übernimmt, unter den konkurrierenden Forderungen Prioritäten zu setzen und für sie und für die Einhaltung der Haushaltsdisziplin die notwendigen Mehrheiten zu sichern. Ein Konsens, der gesamtstaatliche Notwendigkeiten anerkennt, die organisierten Interessen wirksam verbindet und sich auf ihre jeweiligen Forderungen und Erwartungen begrenzend auswirkt, ist dagegen zunehmend weniger zu erkennen.

Zu Recht schätzt „die Politik“ die politischen Kosten und Risiken einer Begrenzung staatlicher Ausgaben und der Konsolidierung des Haushaltes hoch ein, wenn sie von ihr allein, also ohne Unterstützung durch die organisierten Interessen geleistet werden muss. Ihr erscheinen dann die von ihr erwarteten Aufgaben teilweise als politisch un-

möglich, da nicht mehrheitsfähig. Als Ausweg wählt sie deshalb die Verringerung der politischen Risiken durch Ausweitung des Haushaltsvolumens im Wege der Staatsverschuldung. So war es möglich, dass in den letzten Jahrzehnten die Staatsverschuldung – auch ohne Berücksichtigung der Wiedervereinigungskosten - trotz wachsender gesamtstaatlicher Wertschöpfung ständig anstieg.

In Zukunft wird dieser Ausweg nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Staatseinnahmen werden in den kommenden Jahren nicht nennenswert steigen. Das Wirtschaftswachstum wird

nicht mehr ausreichen, um Steuermehreinnahmen zu generieren, die es erlauben, die staatlichen Ausgaben neben dem Abbau der vorhandenen Defizite nennenswert auszuweiten. Die Staatsverschuldung wiederum kann kaum weiter erhöht werden, ohne neben den kommenden Generationen auch die Zukunft der heute Aktiven zu gefährden.

Die Entscheidung der Sächsischen Staatsregierung, den Etat 2010/2011 trotz rückläufiger Einnahmen aus Steuern und 2. Solidarpakt ohne Neuverschuldung zu finanzieren, ist deshalb richtig und verantwortungsvoll.

Mit der Verwirklichung dieser Politik sind jedoch besonders hohe politische Kosten verbunden. Um sie in Grenzen zu halten, sollten Staatsregierung und

*Keine Neuverschuldung -
die Entscheidung
ist richtig und
verantwortungsvoll.*

Termine

13. April 2010
 Kommunalforum
 TU Chemnitz

27. April 2010
 Johann-Amos-Comenius Club
 Sachsen
 ICC Dresden

Impressum:

CDU-Fraktion
 des Sächsischen Landtages
 Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
 01067 Dresden

Telefon: 0351- 493 56 10
 Fax: 0351- 493 54 44
 E-Mail:
 pressestelle@cdu-sachsen-fraktion.de

Redaktion: Dirk Reelfs, (V.i.S.d.P)

SIE FINDEN UNS AUCH IM WEB UNTER:
WWW.CDU-SACHSEN-FRAKTION.DE

Fortsetzung Seite 1

Landtag Schritte unternehmen, die organisierten Interessen, die Forderungen an den Haushalt stellen, an den politischen Kosten zu beteiligen.

Das heißt: Sie sollten die Besitzstände in die Auseinandersetzung um die Prioritäten des Haushaltes und die Sicherung seiner Ausgeglichenheit einbeziehen und insoweit die mit dieser Aufgabe verbundenen politischen Kosten bei den organisierten Interessen internalisieren. Das kann in der Weise geschehen, dass alle organisierten Interessen, die Forderungen an den Haushalt stellen, veranlasst werden, zugleich die Bereiche des Haushaltes zu bezeichnen, aus denen die Deckung ihrer Forderungen bestritten werden soll. Die Basis bietet der vorliegende, auf seine wesentlichen Positionen konzentrierte und damit für die Öffentlichkeit verständliche Haushaltsentwurf. Wer mit seinen Forderungen an den Haushalt keine Hinweise auf ihre Finanzierung an anderer Stelle verbindet, sollte zwar gehört, aber in

den weiteren Beratungen des Etats nicht als gewichtig beurteilt werden.

Das Ergebnis gestattet dem Parlament und der Öffentlichkeit wertvolle Einblicke in die Bereitschaft organisierter Interessen, Mitverantwortung auch für das Ganze zu übernehmen und deshalb neben ihren eigenen auch die Bedürfnisse des Gesamtstaates und der Allgemeinheit zu respektieren. Für die organisierten Interessen wiederum könnte das Verfahren Anlass sein, nach Wegen zu suchen, wie die von ihnen angemeldeten Bedürfnisse auf andere, den Haushalt nicht oder weniger belastenden Weise befriedigt werden könnten, etwa durch Beteiligung der Zivilgesellschaft und ihrer Ressourcen.

Soweit der Entwurf besondere Prioritäten im Etat bereits berücksichtigt (Schule, Ausbildung, Bildung, Forschung als die eigentlichen Zukunftsgaranten des Freistaates), sollten sie gekennzeichnet und der Veränderung von Prioritäten durch

die Forderungen sonstiger Besitzstände praktisch entzogen sein.

Man sollte den Gedanken weiter diskutieren und sei es nur, um eine Diskussion über die angemessene Verteilung der politischen Kosten eines ausgeglichenen Haushaltes ohne Neuverschuldung zu führen.

Diese Debatte – und die mit ihr verbundenen Auseinandersetzungen – ist notwendig: 1. um der Bevölkerung auf praktische Weise den Ernst der Lage vor Augen zu führen; 2. sie an der Prioritätendebatte zu beteiligen, auch wenn es – im Lichte gesamtstaatlicher Interessen – um die Berechtigung ihrer eigenen, organisierten Interessen geht; 3. der Bevölkerung die besonderen Bedingungen ins Gedächtnis zu rufen (Auslaufen des Solidarpaktes II), unter denen die Haushaltsberatungen stattfinden müssen, und schließlich 4. ihr deutlich zu machen, dass eine an den Interessen der Zukunft orientierte Politik nicht ohne ihre Mitwirkung zu haben sein wird.

Debatte um Arbeitszeit der Lehrer: Colditz fordert Annäherung statt Konfrontation



Thomas Colditz MdL
Vorsitzender AK „Schule“

Im Streit um eine neue Teilzeitregelung für Lehrer fordert Thomas Colditz, Bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, die Verhandlungspartner zur Kompromissbereitschaft auf. Eine Verständigung von Regierung und Gewerkschaften sei dringend geboten. Gleichzeitig äußerte er Verständnis für die Forderung der Lehrerge-

werkschaft nach einer Vollzeitperspektive. „Man muss anerkennen, dass unsere Lehrer in den zurückliegenden Jahren Einschnitte akzeptiert und für alle solidarisch mitgetragen haben“, erklärte Colditz in einer Landtagsdebatte. Colditz verwies aber auch auf die finanziellen Rahmenbedingungen und die Notwendigkeit, jungen Lehrer Einstellungsperspektiven aufzuzeigen. Mit dem Auslaufen des Bezirkstarifvertrages für Lehrer an Mittelschulen und Gymnasien endet zum 31. Juli 2010 die Teil-

zeitregelung. Die Rückkehr aller Lehrkräfte in die Vollzeit bedeutet ein Plus von 2000 Stellen. Daraus ergeben sich Mehrkosten von 380 Millionen (Mio.) Euro bis 2014. Bei einer freiwilligen Teilzeitvereinbarung würde das Stellenvolumen lediglich auf 978 Stellen anwachsen, womit Kosten in Höhe von 108 Mio. € verbunden wären. Nach Auffassung des Finanzministeriums sind die Summen bei einem Rückgang des Haushaltsvolumens um 1,7 Milliarden Euro jedoch nicht zu verkraften. *dr.*

Schowtka wieder Chef der kommunalpolitischen Vereinigung



Peter Schowtka Mdl

Peter Schowtka ist erneut zum Vorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) gewählt worden. Der CDU-Landtagsabgeordnete aus der

Oberlausitz, Wahlkreis Niesky, vertritt die Vereinigung sächsischer Kommunalpolitiker bereits seit 1996. Die in 13 Regional- und Kreisverbänden arbeitende KPV bildet unter seiner Leitung eine „Familie der kommunalen Vertreter“. Die KPV ist eine Unterorganisation der CDU. Sie richtet sich an

die kommunalen Mandatsträger der Partei und will die Arbeit der Union auf der Ebene der Städte und Gemeinden koordinieren. Hierzu führt die KPV Schulungen und Beratungen für kommunale Mandatsträger durch, wirkt aber auch bei der Vorbereitung kommunalpolitischer relevanter Gesetze mit.

Sachsen darf nicht auf dem Abstellgleis enden



Frank Heidan Mdl

Sachsen droht vom nationalen und internationalen Bahnverkehr abgekoppelt zu werden. Auf diese Gefahr hat Frank Heidan in der Landtagsdebatte zur Zukunft des Schienenverkehrs hingewiesen. „Sachsen verfügt derzeit besonders in Nord-Süd-Ausrichtung noch nicht über die notwendigen Verkehrsachsen“, kritisierte der Wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion. Deshalb fordern die Koalitionsfraktionen CDU und FDP in einem gemeinsamen Antrag eine

Verlängerung der transeuropäischen Verkehrsachsen (TEN) von Sachsen nach Norden zu den Nord- und Ostseehäfen und nach Süden ans Mittelmeer und Schwarze Meer. Auch die Sachsen-Franken-Magistrale als wichtige Ost-West-Verbindung soll an die transeuropäischen Verkehrsnetze angebunden werden, verlangen die Koalitionspartner. „Besonders für Sachsen mit seiner zentralen Lage als Schnittstelle zum osteuropäischen und skandinavischen Wirtschaftsraum ist die Einbindung in die europäischen Verkehrs- und Handelsströme Voraussetzung für Wohlstand und Wettbewerbsfähig-

keit“, unterstreicht Ines Springer, Verkehrspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion. Die Europäische Union hat die Entwicklung transeuropäischer Netze für den Schienenverkehr beschlossen. In diesen Netzen werden die wichtigsten Verkehrsachsen für die Entwicklung einer Schieneninfrastruktur geplant. Sachsen ist dabei besonders von zwei Verkehrsachsen betroffen. Nach den derzeitigen Planungen der EU enden diese beiden Strecken jedoch in Halle/Leipzig und Dresden. Eine weitere Anbindung in Richtung Norden und Süden insbesondere von Dresden nach Prag und nach Berlin fehlt.

Kurz notiert:

Standards auf den Prüfstand
CDU-Fraktionsvorsitzender Steffen Flath hat eine gesellschaftliche Diskussion über die Höhe von Standards gefordert. „Wir brauchen eine Debatte über Regelungen und Normen, die in den vergangenen Jahren zu enormen Kostensteige-

rungen beigetragen haben“, forderte Flath im Landtag.

Diätenerhöhung auf Eis gelegt
Die CDU-Fraktion verzichtet auf eine Erhöhung der Abgeordneten-diäten. Das hat die Fraktion nun beschlossen. Zwar sei der Vor-

schlag des Landtagspräsidenten gerechtfertigt, weil er die Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst widerspiegeln würde.

Die Diskussion über die Entwicklung der Diäten solle zu einem späteren Zeitpunkt erneut geführt werden. *dr.*

Zitat des Monats:

„Kein Regierungsbeamter, kein Hochschulprofessor und auch kein Bediensteter in der Finanzverwaltung hat sich beschäftigungspolitisch so solidarisch verhalten wie die Lehrerschaft.“

CDU-Bildungsexperte Thomas Colditz erinnerte in einer Landtagsdebatte am 30. März an die seit 2005 laufende Teilzeitregelung für Lehrer an Mittelschulen und Gymnasien.